

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 43

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

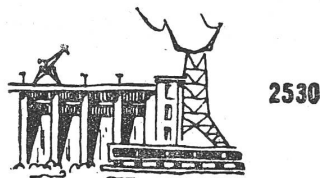
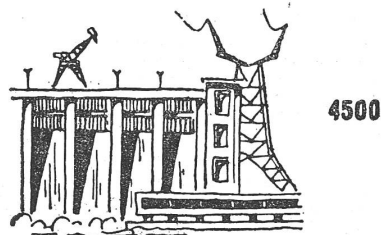
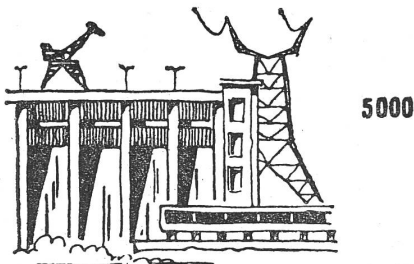
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschaft

Sowjetunion
Kongress-Kraftwerk

Das grösste Kraftwerk der Welt, das dieses Jahr in Betrieb genommen wurde, hat den Namen des abgeschlossenen sowjetischen Parteikongresses erhalten, nachdem es bisher schlicht «Wolga-Kraftwerk Stalingrad» hiess. Die Umbenennung ist symbolisch für die Bedeutung, die dem Ausbau der sowjetischen Elektrizitätserzeugung im Rahmen der Wirtschaft zugemessen wird. Der Energiebeschaffung wird als Voraussetzung der weiteren Industrialisierung Vorrang gegeben.

Die hier wiedergegebene Darstellung mit Grössenvergleichen einiger Kraftwerke und ihrer Kapazität erschien in der «Prawda» vom 16. Oktober, aufgemacht im Stile der Erfolgshinweise zuhanden



Von oben nach unten (Zahlen geben Kapazität in 1000 Kilowatt wieder):
Grand-Cooly-Kraftwerk am Columbia River (USA),

Wolga-Kraftwerk «W. I. Lenin»,
Wolga-Kraftwerk «XXII. Parteikongress der KPdSU» (früher Wolga-Kraftwerk Stalingrad),

Kraftwerk Bratsk am Fluss Angara,
Kraftwerk Krassnojarsk am Fluss Jenissen.

des Parteitages. Von den aufgezeichneten sowjetischen Beispielen (im Zeichen der Wirtschafts rivalität angeführt von einem amerikanischen Werk) produziert nur das Wolga-Werk «W. I. Lenin» bereits in vollem Umfang. In den übrigen Fällen ist die teilweise Inbetriebsetzung dieses Jahr erfolgt oder steht unmittelbar bevor (Bratsk).

Die Einweihung neuer Kraftwerke ist eine für 1961 und die folgenden Jahre typische Erscheinung (dieses Jahr nahmen die Kapitalinvestitionen bei Wärmekraftwerken im Vergleich zum Vorjahr dieser Art wird in der Presse gross herum 40 Prozent zu), und jedes Ereignis ausgestrichen. Das hindert nicht, dass auch auf diesem Gebiet, wo tatsächliche Erfolge zu verzeichnen sind, beträchtliche Planrückstände existieren. Im Juli hatte die grosse sowjetische Wirtschaftszeitung «Ekonomitscheskaja Gasjeta» festgestellt, dass in der ersten Jahreshälfte «der Produktion viel weniger Energie zugeführt wurde als geplant war». Der Fehler lag anscheinend zum Teil am Mangel an Bauausrüstungen, zum Teil an der Organisation. Mit der Durchführung der Kraftwerkanlagen ist einerseits das UdSSR-Ministerium für den Bau von Elektrokraftwerken beauftragt, andererseits obliegen auch den Volkswirtschaftsräten (Sownarchosen) in den einzelnen Republiken zahlreiche Konstruktionsaufgaben.

In den letzten fünf Jahren wurden rund 8500 km des sowjetischen Eisenbahnnetzes elektrifiziert. Bis 1970 müssten laut «Generalplan» noch 31 500 km dazukommen.

In ähnlicher Weise soll innerhalb der nächsten zehn Jahre auch das Netz der Hochspannungsleitungen vergrössert werden, wenn auch die Angaben ungenau sind («Zehntausende von Kilometern» — «Ekonomitscheskaja Gasjeta»).

Die jährliche Erzeugung an Elektroenergie ist laut Chruschtschews Ausführungen vor dem XXII. Parteikongress von 170 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1959 auf 327 Milliarden Kilowattstunden (geschätztes Jahresergebnis 1961) gestiegen.

Landwirtschaft

Mehr Poulets

Die Sowjetunion ist bestrebt die Geflügelzucht, besonders aber jene von Fleischküken (Broilers), weitgehend auszubauen. Aus diesem Grund wurden in einer ganzen Reihe von Staatsgütern der Ukraine Geflügelfarmen errichtet, von denen zum Beispiel das Staatsgut «1. Mai» bei Charkow bereits mit der Ablieferung von Fleischküken begonnen hat. Zur Aufzucht wurden mit Rassenkreuzung erzielte Bastarde verwendet, die in drei Monaten ein Gewicht von 1,2 Kilogramm erreicht haben. Für ein Kilogramm Gewichtszunahme waren 3,1 Kilogramm Futter erforderlich.

Dieser ganze Produktionszweig ist erst noch im Werden begriffen: So wird dem Versuchsbetrieb «Krasny» (Krim) des Ukrainischen Forschungsinstitutes für Geflügelzucht, der grösste Betrieb für Fleischkükenzucht der Ukraine, mit einer Jahreskapazität von drei Millionen Stück Küken entstehen. Ein zweiter Be-

trieb für die Aufzucht von 1,5 Millionen Mastküken soll im Kirow-Staatsgut (im Gebiet Poltawa) errichtet werden.

Diese Vorbereitungen lassen darauf schliessen, dass in kürzester Zeit auch die sowjetischen Fleischküken auf den westlichen Märkten erscheinen werden, was für die Ostblockstaaten, wie Ungarn, Bulgarien und Polen eine gefährliche Konkurrenz bedeuten wird, da diese Länder ihre Westimporte grösstenteils mit Lebensmittellieferungen kompensieren, wobei der Export von Geflügel eine nicht unbedeutende Rolle spielt. So führte Ungarn im Jahre 1959 insgesamt 6500 Tonnen und im vergangenen Jahr 6400 Tonnen Geflügel aus. Die bulgarischen Exporte erreichten für 1958 den Wert von 12 Millionen und im Jahre 1959 bereits 23 Millionen Lewa. Auch Polen lieferte im Jahre 1958 insgesamt 12 062 Tonnen und im Jahre 1959 sogar 15 259 Tonnen Geflügel ins Ausland.

Soziales

Polen

Höhere Löhne

Amtlichen Statistiken zufolge verdient der polnische Arbeiter heute mehr als vor einem Jahr. Das wöchentlich erscheinende Wirtschaftsblatt «Zycie Gospodarczy» berichtete, die Gesamtsumme der in den ersten acht Monaten dieses Jahres ausbezahlten Löhne sei um 9,7 Prozent höher, als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Das Blatt sagte voraus, die Gesamtlöhne für das ganze heurige Jahr lägen um sieben bis acht Prozent höher als im Jahre 1960.

Die Realloohnerhöhung für den einzelnen Arbeiter wird allerdings nicht diese Höhe erreichen. Dafür seien zwei Gründe ausschlaggebend:

1. Die von «Zycie Gospodarczy» zitierten Zahlen beziehen sich auf die nominellen Löhne und berücksichtigen keine Preissteigerungen.
2. Sie sind auf den gesamten nationalen Lohnfonds bezogen; da sich die Zahl der Arbeitskräfte aber um rund 340 000 erhöht hat, stellt sich der Anteil des Einzelnen natürlich entsprechend geringer.

Trotzdem ist die Lohnerhöhung eine Tatsache und sogar doppelt so hoch, wie im Plan für das Jahr 1961 vorgesehen. Ende des ersten Halbjahres 1961 — seitdem liegen keine offiziellen Zahlen mehr vor — betrug das monatliche Durchschnittseinkommen in Polen 1632 Zloty (das sind 68 Dollar im Touristenkurs), verglichen mit 1560 Zloty (65 Dollar) im Jahr vorher.

Der langsame Anstieg des Einkommens macht die Entwicklung im vergangenen Jahr nett, als die Löhne der in der polnischen Industrie Beschäftigten um drei Prozent gefallen waren, verglichen mit dem Einkommen im Jahre 1959.

Dank der grösseren Industrie- und Agrarproduktion brachte der Anstieg des Einkommens, so führte das Wirtschaftsblatt weiter aus, nicht die befürchteten Schwierigkeiten auf dem Ernährungs- und Konsumgütersektor.

Die Produktion verschiedener Verbrauchs- und sonstiger Güter ist jedoch hinter dem Plansoll zurückgeblieben. Das Blatt forderte erhöhte Anstrengungen innerhalb der nächsten drei Monate, um diesen Rückstand wieder aufzuholen.

«Zyce Gospodarczy» nannte in diesem Zusammenhang die folgenden Güter: landwirtschaftliche Maschinen, Automobile, Fahrräder, Fernsehgeräte und Kühlschränke.

Da die Rohmateriallage in diesem Jahr bedeutend besser sei als in den vergangenen Jahren, führte das Blatt die Nichterfüllung des Plansolls auf schlechte Organisation, mangelnde Zusammenarbeit und vor allem niedrige Arbeitsmoral zurück.

Verkehr

A LOT of trouble

LOT, der Name der polnischen Fluglinien, steht kurz für «a lot of trouble». Diese Meinung zitierte kürzlich O. Budslwierz in der Warschauer «Przegląd Kulturalny» und fügte als Begründung hinzu: «Es trifft zu, dass sich diese ehrbare und verdiente Institution im letzten Stadium vor der Agonie befindet.»

Der Maschinenpark der staatlichen LOT ist unmodern und veraltet. Aus diesem Grund mussten kürzlich die Maschinen des Typs IL-2 und IL-14 (ohne Druckkabine) aus dem internationalen Verkehr zurückgezogen und auf die inländischen Linien verlegt werden. Das gleiche soll demnächst auch mit den vier alten Convairens geschehen. Als Ersatz konnten bis jetzt nur drei IL-18 (mit Turboprops) eingesetzt werden, die sich aber nur für stark frequentierte Linien bezahlt machen. Es sind ihrer viel zu wenig, um die Verbindung mit 16 Ländern aufrechterhalten zu können. Dabei sollten laut Planung auch noch neue Linien eröffnet werden.

Für diese unerfreuliche Lage ist in einem nicht geringen Masse auch Moskau verantwortlich, auf dessen Befehl die Flugzeugindustrie der Sowjetzone unerwartet abgestellt und ihre bestehenden Kapazitäten der Maschinenindustrie zugeteilt worden sind.

Ursprünglich hätten die Dresdener Flugzeugwerke in Klotsche im laufenden Jahr

85 Maschinen, darunter 30 Düsentransportmaschinen vom Typ TU-152 sowie TU-153 erzeugen und im Jahre 1962 auch Polen mit modernen Maschinen beliefern sollen. Diese sowjetische Massnahme bedeutete einen schweren Schlag für die polnische Luftfahrt, die nun ihre gehoffte und vom COMECON eingeplante Bezugsquelle verloren hat ohne dafür einen entsprechenden Ersatz zu erhalten. Die Sowjetunion ist gegenwärtig nicht in der Lage entsprechende Maschinen zu liefern, denn die ersten modernen TU-124 können erst ab 1964 zur Verfügung gestellt werden. Der Ernst der Lage geht auch aus den Berichten der polnischen Presse hervor, laut der sich die Zivilluftfahrt des Landes «vor der Agonie» befände, da sie sich anstatt einer Erweiterung ihrer Tätigkeit die Li-

quidierung bereits bestehender Linien überlegen müsse. Als einziger Ausweg wird von der gleichen Presse der Ankauf von westlichen Maschinen des Typs Boeing 707, Douglas DC-8 oder Vickers VC-10 bezeichnet. Nun soll wieder der Ost-West-Handel einspringen, um eine für die östliche Wirtschaft äusserst gefährliche Lage zu überbrücken.

Die staatliche Luftfahrtgesellschaft LOT hat sich seit Kriegsende unbefriedigend entwickelt: die Steigerung der Lufttransporte betrug in der Sowjetunion 30 bis 33 Prozent, in der Tschechoslowakei 40 bis 75 Prozent, dagegen in Polen nur 20 bis 26 Prozent. Vor dem Krieg bediente die LOT $\frac{1}{160}$ des Weltflugverkehrs. Heute ist dieser Anteil auf $\frac{1}{1250}$ zurückgefallen.

Armenische Sozialistische Sowjetrepublik

Geschichte: Armenien, seit 1828 Russland einverleibt, proklamierte nach der Oktoberrevolution seine Selbständigkeit. Doch arbeiteten die Bolschewiki-Organisationen auf den Anschluss an die RSFSR hin und konstituierten 1919 das Armenische Komitee der russischen KP. Der Agitation gegen die bürgerlich-menschewistische (ungefähr sozialdemokratische) Daschnak-Regierung kamen dann die Einheiten der Roten Armee zu Hilfe, die im September 1920 das Land überrannten. Die armenische Nationalregierung flüchtete nach Persien, und Armenien wurde (29. November 1920) zu einer mit der RSFSR verbündeten Sowjetrepublik erklärt. Der Hass Moskau gegenüber war in Armenien noch grösser als in den beiden andern transkaukasischen Republiken Georgien und Aserbeidschan, da Moskau der Türkei gegenüber auf armenischen Boden verzichtete.

Später machte Armenien eine parallele Entwicklung durch wie Georgien: Abschluss eines Abkommens (30. September 1921), das Finanz und Wirtschaft der Kontrolle Moskaus unterstellte; Zusammenschluss mit Georgien und Aserbeid-

schan zur Transkaukasischen Föderation (siehe KB Nr. 42), welche bei der Gründung der Sowjetunion am 30. Dezember 1922 Gliedstaat wurde. Dann wurde Armenien «souveräne Sowjet- und Unionsrepublik» im Sinne der Stalin-Verfassung von 1936.

Verfassung vom März 1937.

Staatsform: Unionsrepublik mit Rayongliederung ohne autonome Formationen. Politische Grundlage: die Sowjets (d. h. praktisch die KP).

Einwohner: Rund 1,8 Millionen, ungefähr zu gleichen Teilen Stadt- und Landbevölkerung. Der Zuwachs ist bedeutend (Volkzählung von 1939 ergab knapp 1,3 Millionen Einwohner).

Bevölkerung: 88 Prozent Armenier, 6,1 Prozent Aserbeidschaner, 3,2 Prozent Russen, 1,5 Prozent Kurden usw. Bedeutende Kontingente von Armeniern leben ausserhalb ihrer Republik (443 000 in Georgien, 442 000 in Aserbeidschan, 256 000 in der RSFSR usw.). Die Gesamtzahl der Armenier innerhalb der UdSSR beträgt 2,8 Millionen.

Hauptstadt: Jerewan mit über 500 000 Einwohnern.

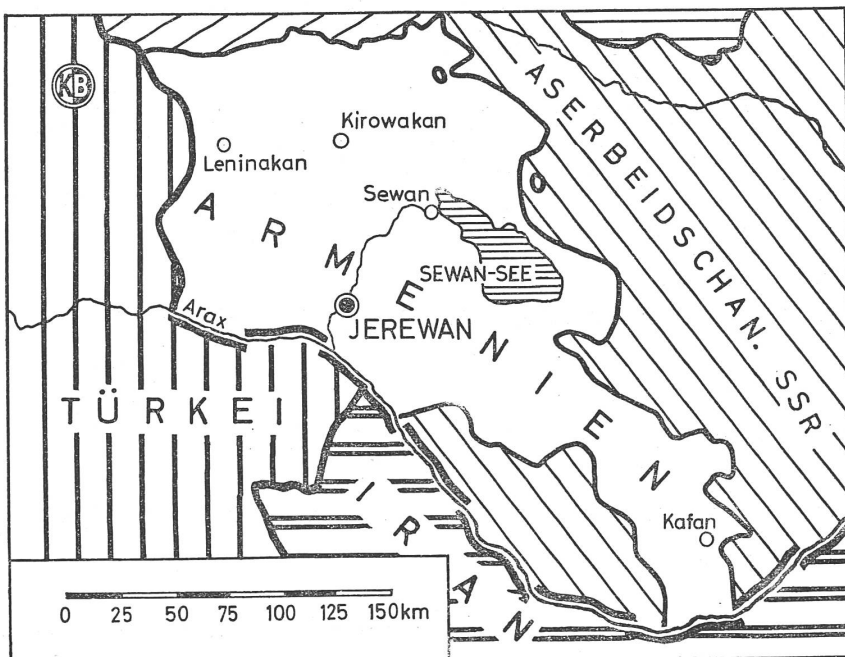
Fläche: 29 800 Quadratkilometer. 36 Bezirke (keine Gliederung in Gebiete).

Topographie: Hochland (nur ein Zehntel unter 1000 Metern), gegen Osten ansteigend zum Ararat-Plateau an der türkischen Grenze. Höchste Erhebung (keine eigentlichen Gebirge): 4095 Meter.

Wirtschaft: Landwirtschaft und Industrie konzentrieren sich auf die Ebene entlang des Arax-Grenzflusses und auf das Becken um Jerewan. Die Täler sind klassische Anbaugelände für Getreide (namentlich Weizen); ferner werden Obst, Reben, Zuckerrüben, Baumwolle, Tabak und industrielle Nutzpflanzen kultiviert.

Bodenschätze: Vor allem Kupfer, etwas Blei und andere, nicht eisenhaltige Erze. Die ausgebeuteten Wasserkräfte ermöglichen eine starke Energiewirtschaft.

Industrie: spezialisiert auf nicht metallhaltige Produkte, gesamthaft nicht sehr bedeutend. Immerhin gehören die Kirow-Werke von Jerewan (chemische Produkte, u. a. synthetischer Kautschuk) zu den grössten ihrer Art in der UdSSR. Der Siebenjahresplan sah vor allem die vermehrte Herstellung von Präzisionsinstrumenten vor, doch hört man seit einem



Jahr wenig mehr über die Erfüllung der hohen Planaufgaben, die mit dem neuen Programm der UdSSR auch generell geändert wurden (mit Zielsetzung auf 1970 statt 1965).

In Armenien ist der Minister für Hoch- und Fachmittelschulen, B. G. Martirosjan, abgesetzt worden. Er wurde im Zuge der Säuberungen abgesetzt, die als Auftakt zum Moskauer Parteikongress von den regionalen Parteikonferenzen durchgeführt wurden (siehe Memo, KB Nr. 42). Das transkaukasische Schulwesen war dieses Jahr besonders wegen Nichterfüllung der Baupläne scharfer Kritik ausgesetzt (Untersuchung, KB Nr. 39). Martirosjan war 1955 stellvertretender Ministerpräsident der armenischen SSR gewesen. Ob er auch seinen Posten als Mitglied des Partei-Zentralkomitees in der Republik, den er seit 1956 innehielt, verloren hat, ist nicht bekannt. Sein Nachfolger wurde G. A. Airan.

Staat und Recht

Tschechoslowakei

Kein Staat und kein Recht

«Der Staat und das Recht der sozialistischen Gesellschaft stellen im alten, eigentlichen Sinn des Wortes keinen Staat und kein Recht dar.»

Diese Formulierung, die einer (wenn auch nicht stets so unmissverständlich ausgedrückten) immer weiter verbreiteten Auffassung im kommunistischen Machtbereich entspricht, steht in der letzten Nummer «Pravnik», der offiziellen juristischen Zeitschrift der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Der Verfasser des längeren Aufsatzes ist Karel Bertelmann, zwar nicht der führende Partei-Ideologe, aber doch einer der bekannteren Staatsrechtler der CSSR.

Das Absterben des Rechtsdenkens im kommunistischen Staat wird in dieser Arbeit mit grösster Kaltblütigkeit untersucht. «Die Rechtsnormen», so stellt der Verfasser fest, «beginnen ihren eigentlichen juristischen Charakter zu verlieren. Sie werden mehr zu wirtschaftlich-organisatorischen oder zu technisch-organisatorischen Vorschriften!» Immerhin wendet sich Bertelmann gegen

die (in tschechoslowakischen Juristenkreisen schon offen befürwortete) These, wonach die Wirtschaftsverwaltung kein Recht mehr sei, sondern lediglich eine Verwaltungsmethode. Seine Begründung, «die Wirtschafts- und Kulturverwaltung wird nicht nur mit Hilfe des Rechts, sondern auch rechtmässig durchgeführt», stellt dabei ein klassisches Beispiel für dialektisches Vorgehen dar. Denn die Begriffe eines definierten, klare Anhaltspunkte gebenden Rechtes und einer moralischen Rechtmässigkeit (welche die Partei selbstverständlich in allen ihren Handlungen für sich beansprucht) werden einander gleichgesetzt und auswechselbar gemacht. Aus solchen Gleichsetzungen leitete tatsächlich die Partei in zunehmendem Masse auch ganz offiziell ihren Anspruch auf Willkürherrschaft ab, da sie definitionsgemäss fortlaufend das (moralische) Recht bestimmt. Sie ist in allen kommunistischen Staaten verfassungsgemäss Lenkerin des Staates und dieser ist, wiederum in der Formulierung Bertelmanns, «der Vertreter der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft».

Das Recht der Gesellschaftsmehrheit (Diktatur des Proletariats) ist wiederum ein kommunistischer Grundsatz, wobei freilich immer nur einer ganz kleinen Minderheit, der KP, das Recht zusteht, den Willen der Mehrheit zu definieren.

Die so beschränkte Mehrheit regiert nun nach leninistischer Lehre nicht durch juristische, sondern durch gesellschaftliche Normen, und folgerichtig sollen auch im «Vollkommunismus» die Rechtsnormen von Sozialnormen abgelöst werden. Wie weit diesen verbindlichen Normen Rechtscharakter zukommt, ist ein Punkt, über den sich die marxistischen Ideologen streiten. Als allgemeinverbindliche Basis kann nur die «kommunistische Moral» dienen, und diese ist nicht ein für allemal festgelegt, sondern immer den wechselnden Ausdeutungen je nach Zeitbedürfnis (Berücksichtigung der historischen Gegebenheiten zur Ableitung der Verhaltenspflicht ist ebenfalls marxistischer Grundsatz) ausgeliefert, d. h. praktisch der Willkür der herrschenden Parteispitze.

Dass man Willkürherrschaft nicht offiziell proklamieren kann, führt immer wieder zu dialektischen Spitzfindigkeiten, für die der neue tschechoslowakische Aufsatz ein neues Beispiel bietet.

«Bildung»

SBZ

Parteikurs ohne Sprachkurs

Ob es ein Trost ist, dass in der SBZ die Partei nicht nur mit Menschen, sondern auch mit der Sprache grausam verfährt? Weil er mehrfachen Aufforderungen, der Kampfgruppe des Betriebes beizutreten, nicht nachgekommen war, ist der 35jährige Elektroschweisser des «Volkseigenen» Betriebes Stahl- und Apparatebau Magdeburg, Ernst Birkmaier, fristlos entlassen worden.

Weniger sicher als in der politisch-ideologischen Haltung waren SED-Betriebsparteiorganisation und Betriebsleitung der Aussenstelle Coswig des VEB Stahl- und Apparatebau Magdeburg in der deutschen Grammatik und Orthographie. Dem Elektroschweisser Birkmaier wurde am 27. September mitgeteilt: «Wehrter Herr Kollege

Birkmaier, auf Beschluss der Betriebsparteiorganisation, wurden wir unterrichtet, Ihnen, mit sofortiger Wirkung, die fristlose Entlassung mit zuteilen. Wir bitten dies, zu Ihrer Kenntnisnahme und fordern Sie auf, umgehend mit Ihren Arbeitspapieren und Betriebsausweis in unseren Personalbüro zu erscheinen.»

In einer am 30. September ausgestellten Arbeitsbescheinigung wird dem «Kollegen Birkmaier» bestätigt, «dass er vom 4. Januar 1960 bis zum heutigen Tage, als Montageschweisser in unserem Betrieb tätig war» und versichert: «Seine Pünktlichkeit und sein Arbeitseifer waren sehr zufrieden stellend. Seiner fristlosen Entlassung von seiten unserem Betriebes, liegt einem Beschluss unserer Betriebsparteileitung zu Grunde.»

Die Werkleitung tat noch ein übriges und gab dem Elektroschweisser Birkmaier am gleichen Tage schriftlich den Beschluss der SED-Betriebsparteileitung mit auf den Weg: «Dem Kollegen Birkmaier, ist trotz wiederholter Aufklärung, über dem Wesen unserer Betriebskampfgruppe, nicht zu deren Beitritt zu bewegen. Wir sind nicht gewillt, dem Genannten seine passive Weigerungen weiter zu dulden. Sein Verhalten, gefährdet die friedlichen Absichten unserem Arbeiter- und Bauern-Staat und die Arbeitsmoral in unserem Betrieb.»

Mit solchen Papieren bewaffnet versuchte der Elektroschweisser Birkmaier am 13. Oktober die Flucht in die Bundesrepublik. Sie ist ihm gelungen.

«Hass muss entwickelt und gefestigt werden»

Für die Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde an Ober-, Volkshoch- und Berufsschulen hat das Sowjetzonen-Ministerium für Volksbildung die bisher gültigen Lehrpläne bis zum Jahresende 1961 völlig verändert. Diese Massnahme begründet das Ministerium «mit der gebieterischen Notwendigkeit, dass die sozialistische Bildung und Erziehung in den Mittelpunkt des pädagogischen Wirkens aller Lehrer und Erzieher gestellt wird.»

Im Geschichts- und Staatsbürgerkunde-Unterricht sollen die Schüler, wie die Direktive des Ministeriums ausdrücklich vorschreibt, erkennen lernen, «dass der Abschluss des Friedensvertrages noch im Jahr 1961 notwendig ist». Die «Lehren des 13. August», heisst es weiter, sollen «gründlich, verständlich und überzeugend vermittelt» werden.

Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde kann seine erzieherische Aufgabe nur erfüllen, «wenn die patriotischen Gefühle der Schüler, die Liebe zur DDR und der Hass gegen die Feinde entwickelt und gefestigt werden».

Eine SED-Funktionär-Villa ist zwanzigmal teurer als eine «volkseigene» Wohnung. Rund 400 000 Mark hat der Staatshaushalt der Sowjetzone für jede der 20 Villen, einschliesslich Ausstattung, bereitstellen müssen, die südöstlich von Neu-Wandlitz, östlich von Basdorf, Kreis Bernau, für Mitglieder der obersten Führungsspitze der SED, darunter der Erste Sekretär des ZK, Walter Ulbricht, Ministerpräsident Otto Grotewohl und der stellvertretende Ministerpräsident Willi Stoph, gebaut worden sind. Für eine im «volkseigenen» Wohnungsbau gebaute Wohnung werden durchschnittlich rund 20 000 und für eine von den «Arbeiter-Wohnungsbau-Genos-

Mitteilung der Administration

Wir ersuchen um Beachtung folgender Punkte aus den Abonnementsbestimmungen:

- 1** Der Eintritt als Abonnent kann jederzeit erfolgen.
- 2** Im Verfallmonat erhält der Abonnent eine Einladung zur Erneuerung.
- 3** Wird das Abonnement nicht erneuert, so ist dies der Administration vor dem Verfalltermin schriftlich mitzuteilen.
- 4** Refüsierte Nachnahmen und Zeitungen gelten nicht als Abonnements-Abbestellung.

senschaften» errichtete Wohnung werden rund 22 000 Mark als Höchstsumme bewilligt.

Neben den Villen sind für die ZK-Funktionäre noch gebaut worden: ein Klubhaus, ein Ladenkombinat, ein Sportgebäude und ein Schiessstand. Alle Gebäude sind von einer zwei Meter hohen Betonmauer umgeben.

Auf der letzten Vorstandssitzung der «Ver einigung der gegenseitigen Bauernhilfe» am 12. Oktober ist auch Klage darüber geführt worden, dass es nicht gelungen ist, die Dorfjugend für den Eintritt in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu gewinnen. Hier versprechen sich die Funktionäre der SED und der FDJ jetzt grössere Erfolge, nachdem durch die staatlichen Organe verfügt worden ist, dass keinen jungen Leuten in den Dörfern mehr Lehrstellen in die Industrie vermittelt werden dürfen.

Erziehung

Rumänien Kostenlos

Einem Bericht von Radio Bukarest zufolge, ist die Erziehung nun in Rumänien auf allen Ebenen kostenfrei. En kürzlich veröffentlichtes Dekret

— schafft alle Schul- und Prüfungsgebühren ab. Dadurch wird mit Beginn des Schuljahres 1961/62 die Erziehung auf allen Ebenen kostenfrei;

— hebt alle rückständigen Schulsteuern aus den vergangenen Jahren auf;

— erklärt das aus dem Jahre 1953 stammende Dekret, das für Mittelschulen, mittlere technische und Oberschulen ein Schulgeld vorgesehen hatte, und das Dekret aus dem Jahre 1959, das Schulgeld für landwirtschaftliche und Handelsschulen eingeführt hatte, für ungültig.

In einer Sendung, die nach der Veröffentlichung des Erlasses von Radio Bukarest gebracht wurde, sagte der rumänische Erziehungsminister Ilie Murgulescu, mehr als 62 Prozent der rumänischen Studenten erhielten Stipendien.

Durch die neue Verordnung steht der rumänischen Bevölkerung jetzt mehr zu, als ihr verfassungsmässig garantiert ist. In der Verfassung ist nämlich nur die Rede von «kostenlosem Elementarunterricht».

Seit dem vergangenen Jahr werden auch die Schulbücher kostenlos verteilt.

Wir machen

unsere geschätzten Abonnenten und Leser darauf aufmerksam, dass

zum reduzierten Preis
von Fr. 4.— eine

Lesemappe

aus Plastik bezogen werden kann, die vier Nummern der Zeitung aufnimmt und besonders zum Auflegen in Wartezimmern, Empfangshallen usw. geeignet ist. Wir haben damit einem vielfach geäusserten Wunsch entsprochen und hoffen, dass die Interessenten von diesem Angebot zahlreichen Gebrauch machen.

Bestellungen sind bitte direkt an die Administration «Der Klare Blick» zu senden.

«Der Klare Blick»
Verwaltung

Nach Berichten von Flüchtlingen aus Rumänien soll es aber immer noch eine weitverbreitete Praxis sein, die Eltern auf besonderen Zusammenkünften zu «freiwilligen» Spenden für die Erziehung ihrer Kinder zu überreden.

Gebrauchsterminologie im Osten

Lektoren

Die Allunionsgesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse, beziehungsweise ihre örtlichen Organe und Gesellschaften, ferner auch die übrigen Gesellschaftsorganisationen und Institutionen zur Weiterbildung der Bevölkerung (Klubs, Kulturheime- und Paläste usw.) gründen in den einzelnen Ortschaften sogenannte «Lektorien» mit angestellten Lektoren. Sie vermitteln der Bevölkerung technische und geisteswissenschaftliche Bildung, selbstverständlich in volkstümlicher Form und im Sinne der politischen «Aufklärung». Für ihre halb propagandistische, halb wissenschaftliche Tätigkeit organisieren sie verschiedene Veranstaltungen, etwa «Abende für Fragen und Antworten» und dergleichen. Zu ihren wichtigen Anliegen gehört die atheistische Propaganda. Neben den allgemeinen Lektorien gibt es diese Institutionen noch mit spezifischem Aufgabenbereich, namentlich zur fachlichen und weltanschaulichen Weiterbildung einzelner Berufsgruppen (Lehrer, Ingenieure, Astronomen usw.).

Agitatoren

Propagandafunktionäre der Partei, in Agitationsstellen zusammengefasst. Ihre intensivste Tätigkeit üben sie zur Zeit von Sowjet- oder Richterwahlen aus. Zu diesen und entsprechenden Anlässen werden ein Viertel bis ein Drittel der Parteimitglieder als Agitatoren eingesetzt. Sie bearbeiten die Einzelnen oder treten öffentlich an Versammlungen auf. Es gibt mehrere Zeitschriften («Bloknot Agitatora» u. a.), wo einzelne Themen speziell für Agitatoren dargestellt werden.

Inspektoren

«Inspektionen» sind meist staatliche Kontrollorgane, welche mit den gesellschaftlichen Kontrollstellen eng zusammenarbeiten müssen. Eine wichtige Ausnahme bildet jedoch die *Arbeitsinspektion*, welche kein staatliches, sondern ein gesellschaftliches (gewerkschaftliches) Organ darstellt. Von grösster Bedeutung sind die Inspektionen zur Kontrolle der Produktionsqualität. Sie existieren in Form spezieller Abteilungen in jedem Betrieb, darüber hinaus auch in den städtischen und höheren Sowjets und in den entsprechenden Zentralstellen. (Produktion schlechter Qualität stellt eines der wichtigeren Wirtschaftsdelikte dar und kann mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden.)

Die Arbeitsinspektionen sind den Arbeitsabteilungen der Gewerkschaftsverbände unterstellt. Als Inspektoren wirken Freiwillige aus der Mitgliedschaft der Gewerkschaften. Sie haben vor allem die Einhalten der Arbeitsgesetz-Bestimmungen zu kontrollieren (Arbeitsnormen, Löhne, Arbeitssicherheit usw.). Ihre Tätigkeit hat besonders seit 1958 mit der Gründung der sogenannten FZMK (Gewerkschaftskomitee in Fabrik, Betrieb oder Ortschaft) an Bedeutung zugenommen.

Curriculum der Woche

IVO ANDRIC

Der neue jugoslawische Nobelpreisträger für Literatur.

Geboren am 10. Oktober 1892 in Dolac bei Travnik (Teilrepublik Bosnien und Herzegowina) als Sohn eines serbischen Handwerkers. Primarschule in Visegrad, Gymnasium in Sarajewo. Philosophiestudien an den Universitäten Zagreb, Wien, Krakau und Graz, wo er 1923 doktorierte. Darnach Eintritt in den diplomatischen Dienst des Königreichs Jugoslawien mit Tätigkeit in Rom, Bukarest, Madrid, Genf und zuletzt in Berlin. Nach der militärischen Kapitulation Jugoslawiens vor dem Angriff Hitlers Rückkehr nach Belgrad. Während des Krieges enthielt sich Andric der politischen Tätigkeit und gehörte auch keiner Widerstandsbewegung an. Zurückgezogen lebend, widmete er sich der schriftstellerischen Tätigkeit und verfasste nebst vielen Erzählungen und Novellen drei Romane. Als nach dem Krieg der jugoslawische Schriftstellerbund gegründet wurde, war er kurze Zeit dessen Präsident. 1956 wurde ihm der höchste jugoslawische Literaturpreis verliehen, dem mehrere Auszeichnungen folgten. Mit der Innenpolitik seines Landes beschäftigte sich Andric kaum aktiv, ausgenommen in seiner Jugendzeit vor dem Ersten Weltkrieg, als er sich für die jugoslawische Befreiung von der österreichisch-ungarischen Monarchie einsetzte, weswegen er mehrmals verhaftet und interniert wurde.

Unter dem Tito-Regime lehnte er die Mitgliedschaft in der KP ab, liess sich aber später dazu «bewegen», dem Sozialistischen Bund der Werktätigen Jugoslawiens (von der KP kontrollierte Dachorganisation zum Aufbau des Sozialismus) beizutreten, wo er aber als Nichtkommunist keine Exekutivämter bekleiden konnte. Der Versuch Belgrads, Andric zum Stil des «sozialistischen Realismus» zu zwingen, scheiterte jedoch. Schliesslich liess man ihn seinen eigenen Weg beschreiten, ohne ihn zu einem Parteidichter stempeln zu wollen. Vorwiegend behandelte er nun historische Stoffe, in denen er den Leidensweg Bosniens schilderte und ohne direkte Bezugnahme auf die politische Gegenwart Gedanken zur Freiheit entwickeln konnte. 1959 veröffentlichte er in der Belgrader «Borba» eine allegorische Novelle unter dem Titel «Die Lüge», die in Jugoslawien als Anspielung an das Leben der neuen Klasse und an Tito ausgelegt wurde.

Weltruhm brachten ihm seine Romane «Die Chronik von Travnik» und «Die Brücke über Drina» (beide während des Krieges erschienen), ferner seine Novelle «Der verdammte Hof» (1957).

Ivo Andric ist der erste Jugoslawe, dem der Nobelpreis für Literatur verliehen wurde.

Laut «Borba» (Belgrad) wurden in den letzten Monaten allein in Moskau 75 anti-jugoslawische Bücher mit einer Gesamtauflage von rund drei Millionen Exemplaren zum Verkauf angeboten.

Unser Memo

Was immer die Zerstörungen der verschiedenen kommunistischen Parteien untereinander sind (das Bild des letzten sowjetischen Kongresses hat die Lüge der «monolithischen Einheit» einmal mehr entlarvt), so stellen sie doch für uns eine einheitliche Drohung dar, gerichtet auf die fortgesetzte Unterdrückung der Massen im eigenen Bereich und auf die Zerstörung des demokratischen Systems in der «Diaspora». Man hat sich anlässlich des Parteitages wieder die entscheidende Frage der machtmässigen Stärke der Kommunisten vorgelegt und muss sich darüber im klaren sein, dass sie gegenüber einer nicht nur machtmässig, sondern eben demokratisch ausgerichteten Welt im Vorgehen begriffen ist.

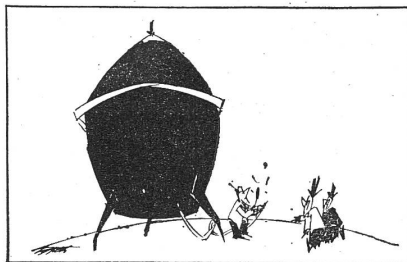
Dabei ist unter Macht nicht allein die grosse Atombombe, das Industriepotential oder das Militär zu verstehen, sondern alles, was der Kommunismus in seinen Dienst stellt, um die Welt zu erobern: Propaganda, Wissenschaft, die Ansprüche auf eine «Ideologie», wie immer es um ihren Gehalt beschaffen sei.

Wie verhält es sich aber mit der quantitativen Stärke der Kommunisten, aus der man allenfalls eine «zahlenmässige Legitimität» ihrer Bewegung in der Welt ableiten könnte? Die 87 KPs der Welt zählen heute 40 Millionen Mitglieder, von denen der überwiegende Teil (34,5 Millionen) auf das «sozialistische» Lager entfällt, wo es keine Zugehörigkeits-Alternative gibt (man ist entweder kommunistisch oder nichts). Aber selbst wenn man diese ganz und gar unechte Entscheidung ohne Gegenmöglichkeit anerkennt, hiesse das, dass die Zahl der Parteimitglieder einen Sechzigstel der Erdbevölkerung ausmache. Und dieser erhebt nun den Anspruch, einzig legitimer Vertreter der gesamten Menschheitsmehrheit zu sein. Das ist präpotente Herrschaftsanspruch einer Minderheitsklasse, auf welche der Begriff des Klassenkampfes in erster Linie anzuwenden wäre. Die Parteiklasse stützt sich nicht auf die Massen, sondern nur auf deren Beherrschung durch die Macht. Sie ist nicht nur freiheitsfeindlich, sondern in eminenter Weise auch majoritätsfeindlich. Daran soll der Westen denken, wenn er versucht ist, Macht mit Stärke zu verwechseln.

Megatöne

Seit Titos zweifelhafter Stellungnahme zur Wiederaufnahme der sowjetischen Atombombenversuche (er kritisierte anlässlich der Belgrader «Neutralistenkonferenz» nur den von Moskau gewählten Zeitpunkt) hat sich Jugoslawien wohl bemüht, Besorgnis über die nukleare Wiederaufrüstung zu demonstrieren, verzichtete aber auf eine eindeutige Verurteilung von Chruschtschews explosivem Rüstungsprogramm.

Im Vorfeld des angekündigten Versuchs mit der 50-Megatonnen-Bombe erschien in der «Borba» vom 22. Oktober die hier wiedergegebene Karikatur. Die sowjetische Super-Nuklearwaffe kommt als Mittel der propagandistischen Machtdemonstration dank dem angeschlossenen Mikrophon zur Geltung. Reaktion des Westens (an den



Zylinderhüten als kapitalistisch zu erkennen): «Wir glauben Ihnen den Besitz der Bombe aufs Ehrenwort.» Die Uno-Resolution hat dann gezeigt, dass nicht nur die Westmächte, sondern (mit halber Ausnahme des schon sehr stark östlich orientierten Mali) die gesamte nicht zum kommunistischen Block gehörende Welt das Kreml-Vorhaben bekämpfte. Die Machtdemonstration hat also weniger einschüchternd gewirkt (wie die Belgrader Parteizeitung glaubhaft macht), als vielmehr aufrüttelnd.

Der Schnappschuss

Ein «Wörterbuch für asiatische Medizin» ist in Taschkent vom Institut für experimentelle Medizin herausgegeben worden. Die Veröffentlichung des Nachschlagewerkes ist von der Moskauer Presse — vermutlich als Beweis für die wissenschaftlich-kulturelle Autonomie der zentralasiatischen Republiken — bekanntgegeben worden.

Wenn es der Westen sagt, ist es Verleumdung. In einem offiziellen Bericht über die Lage der Volkswirtschaft («Neues Deutschland», 15. Oktober) erklärte SBZ-Wirtschaftsminister Alfred Neumann: «In allen Industriezweigen gibt es Verpflichtungen über die zusätzliche Produktion von Konsumgütern. Am ungenügendsten sind Verpflichtung und Erfüllung in den Betrieben der Abteilung I der zentralgeleiteten Industrie.»

Mitte Oktober standen ungefähr 18 Prozent der bulgarischen Mais-, Tabak- und Baumwollkulturen noch immer ungeerntet auf den Feldern. Bei der Einbringung von Trauben, Gemüse und Obst bestehen diesbezüglich ebenfalls bedeutende Rückstände, von denen, laut bulgarischen Presseberichten, täglich grosse Mengen auf den Feldern verfaulen. Als Grund wird der Mangel an Arbeitskräften und Trans-

portmitteln, ferner die Interesselosigkeit der Kolchosbauern angegeben.

Zwei Todesurteile wegen «Diebstahls an sozialistischem Eigentum» wurden im Oktober in Kasachstan gefällt. Zahlreiche weitere Angeklagte wurden zu Freiheitsstrafen zwischen 10 und 15 Jahren verurteilt. Der «Kasachstanskaja Prawda» zufolge handelte es sich um zwei organisierte Banden in Kasalinsk und Ost-Kasachstan, die systematisch Lebensmittel und andere Waren gestohlen hatten. In einem Falle handelte es sich um Angestellte eines Warenhauses, denen es gelang, eine ganze Waggonladung Zucker zu unterschlagen.

Um den XXIIsten

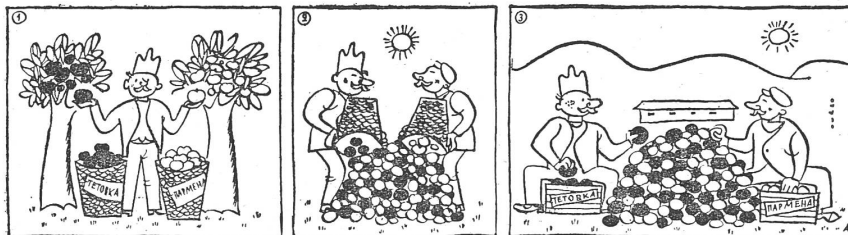
Aussicht auf eine Wohnung in zehn Jahren. «Das ZK trägt den zahlreichen Anfragen (bezüglich Wohnbau) Rechnung und weist darauf hin, dass laut Parteiprogramm die Familien, die in schlechten oder überfüllten Wohnungen leben, gegen Ende des Zehnjahresplanes neue Wohnungen erhalten werden.» (Chruschtschew im zweiten Teil seiner Eröffnungsrede.)

«Obwohl es zu den höchsten Geboten der Kommunisten gehört, zu ihren Parteimitgliedern Sorge zu tragen, werden sie ziemlich häufig verloren.» (F. A. Gorkin im Rechenschaftsbericht der zentralen Revisionskommission.)

«Zahlreiche Genossen finden, dass die Diktatur des Proletariats bis zum vollen Sieg des Kommunismus aufrechterhalten werden soll... Welcher Klasse gegenüber kann bei uns die Diktatur irgendeiner Klasse herrschen?» (Chruschtschew in seiner Rede vom 18. Oktober.) Der Klasse der Nicht-KP-Mitglieder, die 96 Prozent der sowjetischen Bevölkerung umfasst.

Delegierte am Kongress waren u. a. «die Helden Astronauten, die ruhmvollen Söhne des grossen Sowjetvolkes, die Söhne der leninschen Partei: Jurij Alexejewitsch Gagarin und German Stepanowitsch Titow.» (W. N. Titow im Bericht der Mandatskommission.)

Gegenwärtig zählt die KPdSU 8 872 516 Mitglieder (und 843 489 Kandidaten). Nach dem voraussichtlichen Ausschluss von Molotow, Malenkow, Kaganowitsch (eventuell noch Saburou, Peruchin, Bulganin und Woroschilow) werden es noch 8 872 513 oder 8 872 509 sein.



Ein weiteres Beispiel zum bürokratischen Vorgehen der kollektivierten bulgarischen Landwirtschaft (vgl. Karikatur KB Nr. 41) lieferte «Starschel» auch mit dieser Zeichnung, die im Rahmen einer anscheinend fortgeführten Serie eine Woche später erschien. Nicht zu vergessen ist, dass diese heiteren Darstellungen den grimmigen Hintergrund von Massendeportationen aus den Städten aufs Land haben.